

Bilanzpressekonferenz

8. März 2022

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausführungen von

Stefan G. Reuß

**Geschäftsführender Präsident des
Sparkassen- und Giroverbandes Hessen-Thüringen**

- I. Einführung**
- II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen**
- III. Weitere Entwicklung**
- IV. Sparkassen- und verbandspolitische Themen**
- V. Fazit**

I. Einführung

Auch von mir ein herzliches Willkommen zu unserer Bilanzpressekonferenz. Für mich ist das heute die Premiere als neuer Geschäftsführender Präsident des SGVHT. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Wir werden sicherlich an das gute Miteinander anknüpfen können, das Sie mit meinem Vorgänger Gerhard Grandke gepflegt haben. Personelle Wechsel können ja mit grundlegenden Veränderungen in den Sichtweisen verbunden sein. Das wäre für Sie als Journalisten sicherlich interessant. Wenn das Ihre Erwartungshaltung ist, muss ich Sie ein Stück weit enttäuschen. Im Grundlinienspiel stehe auch ich für Kontinuität.

Kontinuität im Grundlinienspiel bedeutet aber nicht, dass alles immer so bleibt, wie es ist. Natürlich müssen unsere Sparkassen und auch wir uns immer wieder an die Entwicklungen im Umfeld anpassen und diese mitgestalten. Das machen wir aber von einem festen Verständnis aus, was kommunal getragene Sparkassen ausmacht und was ihre Aufgaben sind.

Kontinuität soll auch für den Ablauf unserer Bilanzpressekonferenz gewahrt werden. Er ist Ihnen vertraut und ich möchte ihn nicht ändern. Wie gewohnt werde ich mit der geschäftlichen Entwicklung der Sparkassen in Hessen und Thüringen beginnen und danach auf Fragestellungen eingehen, die unsere Mitgliedsinstitute und den Verband zurzeit beschäftigen.

II. Geschäftsentwicklung der Sparkassen

Zunächst zur Geschäftsentwicklung. Auch 2021 war wieder sehr stark von Corona geprägt. Wer geglaubt hatte, dass dem Virus allmählich die Luft ausgehen würde, sah sich getäuscht. Immerhin fielen die wirtschaftlichen Verwerfungen der Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen diesmal nicht mehr ganz so drastisch aus. Mit einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2,7% konnte die deutsche Wirtschaft das Minus vom Vorjahr von 4,6% zumindest teilweise ausgleichen.

Die Sparkassen in Hessen und Thüringen haben sich von der anhaltenden Corona-Krise erneut nicht beeindrucken lassen. Wir sind zufrieden, dass die Zahlen unserer Mitgliedsinstitute 2021 trotz der nicht einfachen Rahmenbedingungen so gut sind. Im Kundengeschäft konnten die Häuser erneut deutlich zulegen. Und auch die operativen Ertragszahlen können sich sehen lassen. Die Zinswende ist zwar auch im letzten Jahr wieder ausgefallen. Immerhin war aber beim Zinsüberschuss eine Wende festzustellen. Doch dazu später mehr.

Starkes Kundengeschäft treibt Bilanzsumme

Die Bilanzsumme unserer Sparkassen ist auch 2021 wieder deutlich gewachsen, nämlich insgesamt um 8,0 Mrd. Euro bzw. 5,5% auf 153,5 Mrd. Euro. Getrieben wurde dieses Wachstum vor allem durch das Kundengeschäft.

Auf der Aktivseite hat der Kreditbestand der Institute über alle Kundensegmente hinweg mit 4,4 Mrd. Euro bzw. 5,3% deutlich zugelegt. Der Bundesverband deutscher Banken (BdB) hat vor kurzem die geringe Nachfrage nach Unternehmenskrediten beklagt. Das können wir für die Sparkassen in unserem Verbandsgebiet so nicht bestätigen. Bei uns sind die Bestände im Firmenkundenkreditgeschäft 2021 mit 3,1 Mrd. Euro bzw. 7,4% überdurchschnittlich stark gewachsen. Dieses Plus fiel sogar noch einmal ein ganzes Stück höher aus als 2020, das bereits durch kräftige Zuwächse geprägt gewesen war (+6,5%).

Diese Kreditausweitung ist ein Zeichen der Resilienz, die sich aus der granularen Struktur der mittelständischen Sparkassenkunden ergibt. Denn diese kleinteilige Zusammensetzung vermag in der Summe die temporäre Schwäche von einzelnen Betrieben und Branchen auszugleichen. Das sorgt gerade in Krisenzeiten für Stabilität in der Firmenlandschaft, die für die Sparkassen relevant ist. Und das wird jetzt auch dazu beitragen, bei uns die wirtschaftlichen Folgen des russischen Einmarsches in der Ukraine abzumildern.

Die Kreditausweitung ist aber auch ein Indikator dafür, dass den Unternehmen die wirtschaftliche Erholung im ersten Halbjahr und auch im Herbst 2021 gutgeht. Viele Firmen haben die Corona-Krise besser als erwartet überstanden und blicken wieder zuversichtlicher in die Zukunft, auch wenn jetzt mit der Ukraine-Krise wieder andere dunkle Wolken am Horizont aufgetaucht sind. In den letzten Monaten hat die Investitionsbereitschaft vielerorts zugenommen. Das schlägt sich in einem höheren Kreditbedarf der Unternehmen nieder, der von unseren Sparkassen als traditionell starker Partner des Mittelstandes wieder gewohnt zuverlässig gedeckt wurde. Dadurch ist es auch im zweiten Jahr der Corona-Krise nicht zu einer Kreditklemme gekommen.

Sparkassen weiten Kreditgeschäft über alle Kundensegmente hinweg aus

Keinerlei Engpässe gab es auch in den anderen Kreditsegmenten. Während bei den öffentlichen Haushalten der Kreditbestand unserer Institute um 59 Mio. Euro bzw. 1,5% stieg, legte er bei den Privaten um 1,7 Mrd. Euro bzw. 4,8% zu. Der Zuwachs ging dabei wieder komplett auf das Konto der Wohnungsbaukredite, die sich um 1,8 Mrd. Euro bzw. 5,6% erhöht haben.

Dieses kräftige Wachstum hängt zumindest zum Teil mit den rasant steigenden Preisen für Wohnimmobilien zusammen. Dort wurden im vierten Quartal 2021 im Schnitt 10,7% mehr

als im Vorjahr aufgerufen. Das ist ein Rekordanstieg, der inzwischen nicht nur die Metropolregionen betrifft, sondern auch vor dem ländlichen Raum nicht mehr Halt macht. Zusammen mit den überschießenden Baukosten hat das wachsende Finanzierungsbedarfe auf Seiten der Käufer bzw. Bauherren zur Folge. Ich befürchte, dass der Traum von den eigenen vier Wänden für viele normale Familien in immer größere Ferne rückt. Hier bleibt besonders abzuwarten, ob die angekündigten Maßnahmen der neuen Bundesregierung greifen und der Wohnungsbau vorangetrieben wird.

Trotz des anhaltenden kräftigen Preisanstiegs bei Wohnimmobilien und der dynamischen Kreditvergabe in diesem Segment sieht die Deutsche Bundesbank bei Banken und Sparkassen keine Hinweise auf eine übermäßig starke Lockerung der Kreditvergabestandards und damit auch keinen Anlass beim Vergabeprozess Einschränkungen oder Deckelungen zu aktivieren. Das ist positiv, denn bei einigen von unseren europäischen Nachbarn gibt es so etwas bereits.

Zusätzliche Eigenkapitalpuffer werden Baufinanzierungen teurer machen

Während auf der Ebene der individuellen Finanzierung also keine Restriktionen geplant sind, hat die BaFin jedoch angekündigt, dass sie schon ab dem 1. Februar 2023 den inländischen antizyklischen Kapitalpuffer auf 0,75% festsetzen und zusätzlich einen sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilien von 2% einführen wird. Dass der antizyklische Kapitalpuffer nach der Corona-Pause wieder aktiviert werden würde, stand zu erwarten. Das wird auch in anderen europäischen Ländern so praktiziert.

Die Höhe der beiden Puffer und vor allem auch deren relativ kurzfristige Scharfschaltung überrascht dann aber schon. Denn das ist eine ganze Menge Holz. Auch für Wohnimmobilien gilt grundsätzlich die bekannte Mindestkapitalquote von 8%. Dazu kommen in Zukunft noch die genannten 2,75%-Punkte oben drauf. Das sind 10,75%. Die weiteren Kapitalanforderungen aus Kapitalpuffer oder SREP lasse ich mal unberücksichtigt. Somit steigen in diesem Segment die Anforderungen um gut ein Drittel! Weil die Institute die zusätzliche Eigenkapitalbelastung in ihrer Kalkulation berücksichtigen müssen, wird das für Kunden die Baufinanzierung und den Immobilienerwerb perspektivisch teurer machen.

Aber nicht nur die Höhe, auch die Ausgestaltung wirft Fragen auf. Warum wird der Systemrisikopuffer auch auf den Bestand ausgeweitet, wenn doch gerade das Neugeschäft stärker regulatorisch gesteuert werden soll? Wird die geballte, nicht gestaffelte Scharfschaltung der Puffer im Februar 2023 Vorzieheffekte auslösen und damit vielleicht genau das anheizen, was sie eigentlich vermeiden will? Und warum werden jetzt schon automatisch Strafzuschläge aufs Kapital eingeführt, obwohl der Aufsicht erklärtermaßen momentan noch Detailinformationen zu den Wohnimmobilienfinanzierungen fehlen? Das

ist ja der Grund, warum Banken und Sparkassen in diesem Feld ab 2023 aufgrund der Anforderungen der Bundesbank einen exorbitanten Meldeaufwand betreiben müssen! All diese Fragen sind bisher nicht ausreichend beantwortet. Sie werden aber unweigerlich Auswirkungen auf die Märkte haben.

Für das laufende Jahr rechnen wir bei den Wohnungsbaukrediten jedenfalls weiter mit steigenden Beständen. Dafür spricht das expansive Neugeschäft des Jahres 2021. So sind die Darlehenszusagen der Sparkassen in Hessen und Thüringen bei den privaten Baufinanzierungen im Vergleich zu 2020 um 5,8% gestiegen. Auch im Neukreditgeschäft mit Unternehmen und Selbständigen ist die vom BdB beklagte Nachfrageflaute bei uns nicht zu beobachten. Die Darlehenszusagen haben dort 2021 um 4,9% zugelegt. Über alle Kundensegmente hinweg sind sie um 3,6% gewachsen.

Hohe Sparquote schlägt sich in weiteren Einlagenzuflüssen nieder

Auf der Passivseite waren im vergangenen Jahr wieder die Kundenverbindlichkeiten für das Wachstum der Bilanzsumme unserer Sparkassen hauptverantwortlich. Sie stiegen um 4,5 Mrd. Euro bzw. 4,0%. Die Zuflüsse haben sich also im großen Stil fortgesetzt, auch wenn sie nur noch halb so hoch wie im Vorjahr ausgefallen sind. Der erneute Zuwachs hängt sicherlich eng mit der weiterhin bemerkenswert hohen Sparquote von 15% zusammen, die wiederum eine Folge der pandemiebedingten Einschränkungen ist, die den Konsum zumindest teilweise erschwert haben.

Ich hoffe, dass sich das in diesem Jahr ändern wird und wir einen großen Schritt aus der Pandemie in Richtung Normalität machen werden. Dann werden die Menschen auch wieder mehr reisen und ihr Geld ausgeben, was wiederum die Einlagenseite unserer Sparkassen entlasten wird.

Ich weiß, es klingt ein bisschen seltsam, wenn ausgerechnet ein Sparkassenpräsident seine Hoffnungen auf das Ent-Sparen setzt. Aber für Banken und Sparkassen sind die hohen Einlagenvolumina im bekannten Niedrigzinsumfeld zur Belastung geworden, weil die Institute sie nicht mehr rentierlich anlegen können. Im Gegenteil: Sie müssen darauf die Bankenabgabe zahlen und Mittel für die Einlagensicherung zurücklegen. Dazu kommen Verwahr- und Abwicklungskosten. In der Summe bringen zusätzliche Einlagen den Sparkassen heute keinen Zinskonditionenbeitrag mehr. Sie sind ein Vertrauensbeweis unserer Kunden, der die Institute aber letztlich Geld kostet.

Kaum verändert hat sich bei unseren Sparkassenkunden der Trend zur kurzfristigen Anlage. Die Täglich fälligen Gelder sind um 5,7% gestiegen, die Eigenemissionen und Spareinlagen dagegen um 6,3% bzw. 2,2% gesunken. Immerhin konnten auch die Termingelder um

14,6% zulegen. Diese Steigerung hat sich allerdings auf der Basis eines sehr niedrigen Vorjahresniveaus vollzogen.

Kunden setzen verstärkt aufs Wertpapiergeschäft

Für etwas Entlastung im Einlagenbereich hat 2021 das Kundenwertpapiergeschäft gesorgt. Die Käufe der Sparkassenkunden gingen um 21,5% auf 10,4 Mrd. Euro nach oben. Dabei waren Investmentfonds mit einem Zuwachs von gut 36% besonders beliebt. Auch die Wertpapierverkäufe der Kunden nahmen zu, mit 7,7% allerdings deutlich niedriger als die Käufe. Unterm Strich verbesserte sich der Nettoabsatz als Saldo von Käufen und Verkäufen um über 70% auf 3,1 Mrd. Euro. Die Umsätze machten einen Sprung um 15,4% auf den neuen Höchstwert von 17,6 Mrd. Euro.

Eine Beimischung von Wertpapieren in den Anlagemix hat sich schon immer empfohlen. Heutzutage ist sie noch wichtiger geworden. Denn wir leben jetzt nicht mehr nur in einem extrem niedrigen Zinsumfeld, in dem herkömmliche Anlageformen schon seit Jahren praktisch nichts mehr abwerfen. Seit Neuestem muss nun auch die Inflation wieder ins Kalkül gezogen werden. Sie ist im zweiten Halbjahr 2021 auf über 5% gestiegen und hat damit die Realrenditen von konservativen Anlagen tief ins Minus gedrückt. An diesem Trend wird sich zumindest in naher Zukunft wohl nicht viel ändern.

Mit Wertpapieren lässt sich diesem Werteverfall zumindest in einem gewissen Maße gegensteuern. Aktien, Investmentfonds und Zertifikate bergen sicherlich auch Risiken. Letztendlich müssen die einzelnen Kunden entscheiden, wie weit sie gehen möchten. Die meisten wollen eine solche Entscheidung aber nicht alleine treffen. Sie möchten auf eine Beratung nicht verzichten. Unsere Sparkassen spielen da eine wichtige Rolle. Denn sie haben die Infrastruktur und vor allem auch die fachlichen Kenntnisse, um ihre Kunden in der Breite zu erreichen und je nach Risikoprofil persönlich zu beraten. Diese Stärke unserer Sparkassen wird ja häufig belächelt. Sie ist aber eben ein Markenzeichen und ein Kern unserer DNA.

Flächendeckende Beratung im Wertpapiergeschäft nur mit provisionsbasiertem Ansatz

Eine solche breit angelegte Beratungsleistung lässt sich nur mit einem provisionsbasierten Ansatz erreichen. Eine Beratung auf Honorarbasis mag für vermögende Kunden ein adäquates Mittel sein. Für den normalen Retail-Kunden mit Anlagebeträgen von unter 5.000 Euro ist das aber keine Alternative. Sie würde sich bei durchschnittlichen Honoraren von derzeit 180 Euro pro Stunde schlichtweg nicht rechnen. Das hat eine Studie von KPMG gerade bestätigt. Es verwundert deshalb auch nicht, dass danach 99,7% der befragten Kunden nicht bereit wären, Honorare in dieser Höhe zu bezahlen.

Ein Provisionsverbot würde deshalb die breite Mehrheit der Bevölkerung von der Anlageberatung ausschließen. Die Folgen einer solchen Entscheidung sind im Vereinigten Königreich zu besichtigen. Dort wurde 2013 ein Verbot eingeführt. Seitdem hat sich der überwiegende Teil der Banken aus der Anlageberatung zurückgezogen. Die verbliebenen Institute setzen laut KPMG oft ein Mindestvermögen voraus, das häufig bei 50.000 Pfund liegt. Kunden, die das nicht haben, werden oft mit Verweis auf die fehlende Wirtschaftlichkeit nach Hause geschickt.

Diese englischen Verhältnisse taugen für Deutschland nicht zum Vorbild. Für den Aufbau einer nachhaltigen Wertpapierkultur, wie sie immer wieder gefordert wird, wäre es jedenfalls nicht förderlich, wenn breite Bevölkerungskreise keine Anlageprodukte mehr erwerben oder in die beratungsfreie Zone des Internets getrieben würden. Es ist deshalb gut und wichtig, dass auch die neue Bundesregierung an der provisionsbasierten Beratung festhält.

Auch die Sparkassen selbst setzen verstärkt auf Wertpapiere. In Hessen und Thüringen sind die Eigenanlagen der Institute 2021 um 1,4 Mrd. Euro bzw. 4,1% gestiegen.

Sparkassen stocken Eigenmittel weiter auf

Damit komme ich zum Eigenkapital. Die Sparkassen in unserem Verbandsgebiet haben auch 2021 ihre Eigenmittel wieder aufgestockt, um 2,5 % auf 14,1 Mrd. Euro. Davon entfielen 13,1 Mrd. Euro auf das Kernkapital. Zum 31. Dezember 2021 lag die Gesamtkapitalquote bei 18,5 % und die Kernkapitalquote bei 17,2 %.

Unsere Sparkassen sind also kapitalmäßig gut aufgestellt. Das müssen sie aber auch sein. Denn die regulatorischen Anforderungen werden gerade auch im Kapitalbereich immer anspruchsvoller. Ich habe vorhin schon das Beispiel der beiden Puffer angeführt, die im Februar 2023 noch on top kommen sollen.

Darüber hinaus rechnen wir auch in den kommenden Jahren mit einem expansiven Kreditgeschäft unserer Sparkassen, die dafür kapitalseitig gerüstet sein müssen. Unser Verband ist für seine Thesaurierungs-Empfehlungen an seine Mitgliedsinstitute bekannt. Das macht auch Sinn. Die Corona-Krise hat zuletzt wieder einmal eindrucksvoll bewiesen, dass der Aufbau von Reserven eine nicht ganz falsche Strategie ist.

Thesaurierungskurs hat sich bewährt

Denn unsere Sparkassen waren in diesem epidemischen und dann auch wirtschaftlichen Ausnahmezustand vor allem deshalb in der Lage, so schnell und intensiv für ihre Kunden in die Bresche zu springen, weil sie eben solide kapitalisiert sind. Es war wichtig, dass die

Sparkassen die konjunkturell guten Jahre davor konsequent genutzt haben, um ihre Substanz fundamental zu stärken. Das ist dann in der Krise der Realwirtschaft und den Menschen in den Regionen zugutegekommen und hat umgekehrt in das Vertrauen in die Sparkassen eingezahlt. Diesen Weg wollen wir weitergehen.

Damit komme ich zur Ertragsentwicklung, die im vergangenen Jahr im operativen Geschäft unserer Sparkassen recht erfreulich ausgefallen ist. Der Zinsüberschuss als wichtigste Ertragssäule hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 19 Mio. Euro bzw. 0,9% auf 2,0 Mrd. Euro verbessert. Zwar sind die Zinserträge auch 2021 wieder zurückgegangen, gleichzeitig ist aber der Zinsaufwand in noch stärkerem Maße gesunken. Das hat den Zinsüberschuss zum ersten Mal seit 2013 ins Plus gedreht. Wir können deshalb leider noch nicht von einer Zinswende sprechen, aber immerhin von einer Wende beim Zinsüberschuss!

Weiter bergauf ging es beim Provisionsüberschuss. Er stieg 2021 kräftig, nämlich um 62 Mio. Euro bzw. 7,3% auf 909 Mio. Euro. Erfolge haben die Sparkassen auch beim Verwaltungsaufwand verzeichnet, der leicht um 2 Mio. Euro bzw. 0,1% auf knapp 2,0 Mrd. Euro zurückgegangen ist. Zu diesem Minus hat vor allem der Personalaufwand beigetragen, der um 0,4% sank. Der Sachaufwand stieg dagegen um 0,3%. Hier forderten steigende IT-Kosten oder auch höhere Aufwendungen für die Bankenabgabe ihren Tribut. Auch wenn es jedes Jahr sehr viel Kraft und Energie kostet, zeigt die aktuelle Entwicklung des Verwaltungsaufwands, dass die Sparkassen in der Lage sind, ihre Kosten stabil zu halten.

Betriebsergebnis vor Bewertung steigt um 9,4%

Dank der insgesamt gestiegenen Einnahmen und der gesunkenen Ausgaben hat sich das Betriebsergebnis vor Bewertung spürbar um 84 Mio. Euro bzw. 9,4% auf 980 Mio. Euro verbessert. Das ist ein ordentlicher Zuwachs.

Das gute Betriebsergebnis hat unsere 49 Sparkassen befähigt, ihre Vorsorgereserven mit 315 Mio. Euro zu dotieren und damit das Eigenkapital erneut zu stärken. Nach Bewertung und vor Dotierung der Vorsorgereserven erreichte das Betriebsergebnis 2021 975 Mio. Euro. Das sind 252 Mio. Euro bzw. 34,9% mehr als im Vorjahr. Während im Wertpapierbereich Abschreibungen von 102 Mio. Euro anfielen, haben die Institute bei den Krediten Rückstellungen aufgelöst. Hier gab es eine Zuschreibung von 47 Mio. Euro. Das spricht für das vorsichtige und solide Vorgehen in der Kreditvergabepolitik der Sparkassen.

Keine Überraschungen bei Insolvenzen und Kreditausfällen

Die Sparkassen in Hessen-Thüringen hatten 2020 ihre Risikovorsorge im Kreditgeschäft im Zuge der Corona-Krise sicherheitshalber erhöht. Zum Glück ist die befürchtete Pleitewelle aber bislang ausgeblieben. Die Zahl der Firmeninsolvenzen lag 2021 deutlich niedriger als

in den beiden Vorjahren. Das ist zum Teil natürlich auch mit den staatlichen Unterstützungsleistungen und der coronabedingten Aussetzung der Insolvenzantragspflicht zu erklären. Diese Aussetzung ist allerdings Ende April 2021 ausgelaufen. Wenn uns die Pandemie und der Krieg in der Ukraine nicht noch einen Strich durch die Rechnung machen, erwarten wir bei den Insolvenzen und Kreditausfällen keine außergewöhnliche Entwicklung mehr.

Im Jahresergebnis sind allerdings noch nicht die Rückstellungsanforderungen im Zuge der BGH-Rechtsprechung zu den Ratensparverträgen enthalten. Die Sparkassen werden dieses Urteil umsetzen. Das wird das Ergebnis noch belasten. In den Rückstellungen verarbeitet ist dagegen das BGH-Urteil zum AGB-Änderungsmechanismus.

Mit Steuerzahlungen von 237 Mio. Euro waren unsere Sparkassen auch 2021 für die Länder Hessen und Thüringen und die Kommunen eine verlässliche und wichtige Größe. Nach Abzug der Steuern und der Zuführung zu den Reserven lag das vorläufige Jahresergebnis unserer Sparkassen 2021 mit 259 Mio. Euro um 51% höher als im Vorjahr, das aber eben auch ein Pandemie-Ausnahmehjahr war.

III. Weitere Entwicklung

Wie sind nun die weiteren Aussichten? Eigentlich wollte ich Ihnen heute einen optimistischen Ausblick geben. Dann hat Russland vor knapp zwei Wochen die Ukraine angegriffen und ist dort einmarschiert. Die Bilder, die uns seitdem von dort erreichen, voller Zerstörung, mit getöteten und verletzten Menschen und Hunderttausenden auf der Flucht, sind nur schwer zu ertragen. Angesichts dieses Infernos erscheint die Frage nach den Folgen für uns selbst fast schon unangemessen.

Und doch müssen wir uns damit beschäftigen, welche Auswirkungen dieser Krieg und die Sanktionen gegen Russland für die deutsche Wirtschaft haben werden. Die ersten Wachstumsprognosen sind bereits revidiert worden, von gut 3% auf 1%. Trotz des gewaltigen exogenen Schocks sind die ökonomischen Fundamentaldaten intakt. Die meisten Firmen haben sich inzwischen gut auf den Corona-Kontext eingestellt, der in unserem Bewusstsein angesichts der Ukraine-Krise plötzlich ganz weit nach hinten gerückt ist. Die Industrie und das Handwerk können auf volle Auftragsbücher zurückgreifen, die bislang wegen der gestörten Lieferketten aber kaum abgearbeitet werden konnten. Und bei den Verbrauchern haben sich gewaltige Sparsummen aufgestaut, die auf absehbare Zeit in den Konsum fließen werden.

In welche Richtung das Pendel in den nächsten Wochen und Monaten ausschlagen wird, müssen wir abwarten. Bei allen Unsicherheiten gehen wir davon aus, dass sich das

Kreditgeschäft bei unseren Sparkassen auch 2022 dynamisch entwickeln wird. Die bereits erwähnte granulare Zusammensetzung der mittelständischen Sparkassenkundschaft wird uns da sicher helfen. Bei den Einlagen werden wir wahrscheinlich weitere Zuflüsse sehen, die aber hoffentlich nicht mehr so stark ausfallen werden wie in den beiden Vorjahren.

Plötzlich wieder da: Inflation als Schlüsselfaktor

Was die Ertragslage und hier vor allem den Zinsüberschuss anbelangt, wird viel vom Ausmaß der Inflation und den Reaktionen der Notenbanken abhängen. Das ist ja bei allen Bilanzpressekonferenzen ein Thema und so natürlich auch bei uns. In den letzten Wochen und Monaten gab es eine intensive Diskussion darüber, ob die steigenden Preisraten ein nur vorübergehendes oder ein dauerhaftes Phänomen darstellen. Das ist keineswegs nur eine akademische Frage. Denn die Inflation droht die soziale Spaltung in der Gesellschaft deutlich zu vertiefen. Schließlich trifft sie die Menschen, die ohnehin nicht viel Geld zur Verfügung haben, besonders hart.

Die Verfechter der transitorischen These berufen sich vor allem auf pandemiebedingte Lieferschwierigkeiten und Effekte wie die gestiegenen Energiepreise oder die zeitweise erfolgte Umsatzsteuersenkung, die ab einem gewissen Zeitpunkt wieder statistisch ausgeschwitzt sein sollten. Ihre Kontrahenten betonen dagegen, dass die Inflation nicht mehr so schnell vergehen werde. Sie führen strukturelle Gründe ins Feld wie eine schrumpfende und alternde Erwerbsbevölkerung in den Industrie- und Schwellenländern, eine Tendenz zur De-Globalisierung sowie die bevorstehende „Greenflation“, also die preistreibenden Effekte des Kampfs gegen den Klimawandel.

Nachdem die Inflationsraten auch zu Beginn des neuen Jahres unverändert hoch geblieben sind, hat sich in der Diskussion die Deutungshoheit eindeutig zugunsten der Dauer-These verschoben. Selbst die intellektuelle Speerspitze des transitorischen Lagers, Paul Krugman, hat nun zugestanden, dass er sich in puncto Geldentwertung geirrt habe. Und auch die Bundesbank und der IWF haben vor kurzem die Befürchtung geäußert, dass die Inflation außerordentlich hoch bleiben werde.

Mein Amtsvorgänger hat bereits im September auf der Pressefahrt des Verbandes vor den Gefahren der Inflation und einer Lohn-Preis-Spirale gewarnt. Seitdem hat sich das Problem weiter verschärft. „Die Menschen reden viel über die Inflation – allein das ist schon eine große Gefahr“, hat der Ökonom Robert Shiller gerade festgestellt. Und – so könnte man ihn ergänzen – immer mehr Firmen erwägen jetzt über praktisch alle Branchen hinweg für ihre Produkte und Dienstleistungen die Preise zu erhöhen. Die Inflation ist ins Bewusstsein der Menschen geraten und bestimmt jetzt auch ihr Sein, zum Beispiel in Form von deutlich steigenden Lebenshaltungskosten und faktisch abschmelzenden Sparvermögen.

Gewaltiger Geldüberhang hat sich aufgebaut

Angeheizt wird die Inflation nicht zuletzt auch durch die ultraexpansive Geldpolitik der Notenbanken der letzten Jahre. Der Ökonom Hans-Werner Sinn hat ausgerechnet, dass sich allein im Euroraum das Zentralbankgeld zwischen Sommer 2008 und September 2021 versiebenfacht hat, von knapp 900 Mrd. Euro auf 6 Billionen Euro. Er kommt zu dem Schluss, dass davon nur gut eine Billion Euro realwirtschaftlich fundiert sei. Bei den restlichen 4,9 Billionen Euro handle es sich um einen Geldüberhang, der in der Finanz-, Euro- und Corona-Krise entweder gehortet oder in die Vermögensmärkte geflossen sei. Das ist für ihn auch der Grund, warum diese Liquiditätsflut in den Gütermärkten bis vor kurzem inflatorisch weitgehend folgenlos geblieben ist.

Mit dem Ende der Corona-Einschränkungen und den geplanten Investitionsoffensiven in die Infrastruktur, die Digitalisierung und die Energiewende droht sich das jetzt drastisch zu ändern. Durch die Auflösung der bestehenden Geldhorte kann in Europa und in Deutschland ein gesamtwirtschaftlicher Nachfragebooster entstehen, der deutlich über den Angebotsmöglichkeiten und Kapazitäten der Wirtschaft liegt. Wie sich eine solche Konstellation auf die Inflationsrate auswirken kann, erleben wir gerade in den USA.

EZB bekämpft weiterhin Deflation

In Europa erinnert die Lage zurzeit an den Sketch von Monty Python, bei der ein Tierhändler vehement bestreitet, dass der von ihm gerade verkaufte Papagei längst mausetot ist. Auch die EZB zieht aus der sichtbaren Inflation noch keine konkreten Schlussfolgerungen. Mit ihrer praktisch unverändert lockeren Geldpolitik bekämpft sie weiterhin die Deflation – und das, obwohl die Arbeitslosenrate im Euroraum auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen gesunken ist und für dieses Jahr eine Inflationsrate von 5% vorhergesagt wird.

Der neue Bundesbankpräsident Joachim Nagel hat zurecht gefordert, dass die EZB ihre Geldpolitik anpassen müsse, wenn es das Ziel der Preisstabilität erfordere. Wenn man die Maßstäbe des EZB-Rates zugrunde legt, dann lässt sich dieses Ziel mit einer mittelfristigen Inflation von 2% am besten erreichen. Diese Grenze der Preisstabilität ist jetzt aber deutlich überschritten und wird sich nach Lage der Dinge auch nicht automatisch zurückbilden. Es ist deshalb Zeit zu handeln, auch wenn übermorgen bei der Sitzung des EZB-Rates angesichts des Kriegs in der Ukraine wohl noch kein bahnbrechender Strategiewechsel zu erwarten ist.

Über kurz oder lang wird sich die EZB aber einer Zinswende nicht entziehen können. Die Bank of England hat bereits den Leitzins erhöht. Von der Fed werden in diesem Jahr sogar mehrere Zinsschritte nach oben erwartet. Das wird für Europa nicht folgenlos bleiben. Die

Kapitalmärkte preisen die wachsende Möglichkeit einer Zinswende bereits ein. Die Zinskurve wird steiler. So lag die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe in den letzten Wochen wieder über der Null-Prozent-Hürde, auch wenn sie wegen des Kriegs in den letzten Tagen immer mal wieder zeitweise ins Minus gerutscht ist. Dieser sich grundsätzlich abzeichnende allmähliche Anstieg der Zinsen ist ein gutes Zeichen. Denn er ist Ausdruck einer zunehmenden Normalisierung, die dann in der Folge auch bei den Sparern und in der Gewinn- und Verlust-Rechnung der Banken und Sparkassen ankommen wird. Aber: Das wird ein langer Weg werden und weiterhin ist vieles unsicher.

Daher muss die EZB jetzt zügig handeln. Die Vielstimmigkeit, die von Mitgliedern der EZB-Führung in den letzten Wochen zu vernehmen war, lässt darauf schließen, dass noch keine Einigkeit über den künftigen Kurs herrscht. Die ist aber dringend erforderlich, wenn die Realwirtschaft stabil und sicher arbeiten soll. Und auch die privaten Haushalte brauchen Planungssicherheit. Letzteres gilt auch für die Tarifparteien und ihre künftigen Verhandlungen.

IV. Sparkassen- und verbandspolitische Themen

Die Corona-Krise, die plötzlich wieder auf der Agenda stehende Inflationsfrage und ein Krieg mitten in Europa sind nur einige Beispiele dafür, dass sich die Welt immer schneller dreht und sich scheinbare Gewissheiten praktisch über Nacht auflösen können. Das bleibt auch für die Sparkassen nicht folgenlos. Sie müssen offen für Neues sein. Dabei gilt es aber, bei allen notwendigen Anpassungen doch den eigenen Wesenskern zu bewahren.

Das fängt bei den Filialen an. Sie haben großen Anteil am Erfolg der Sparkassen, weil sie deren starke Verwurzelung in der Region und bei den Menschen vor Ort symbolisieren und absichern. Die Präsenz in der Fläche wird deshalb ein unverzichtbares Strukturelement unserer Institute bleiben, auch wenn die Zahl der Standorte sicherlich weiter abnehmen und die Digitalisierung noch an Fahrt gewinnen wird.

Ich habe als Verwaltungsratsvorsitzender einer Sparkasse gesehen, dass am Ende die Kundensicht entscheidend ist. Wir haben im Werra-Meißner-Kreis vieles versucht, um die Frequenz in den Filialen zu erhöhen. Wir haben sie samstags geöffnet. Wir haben die Öffnungszeiten in den Abend verschoben. Das hat aber an der niedrigen Besuchsquote an manchen Standorten wenig geändert. Denn immer mehr Kunden nutzen eben lieber die telefonischen und digitalen Angebote ihrer Sparkasse.

Das ist ein ganz eindeutiger Trend, den Corona noch einmal verstärkt hat – übrigens gerade auch bei den Älteren, die sich während der Pandemie immer öfter der Internet-Filiale oder der Sparkassen-App zugewandt haben. In Hessen und Thüringen nutzen inzwischen 55%

unserer Onlinekunden die Sparkassen-App. Das sind etwa 1,3 Millionen Menschen. Die Sparkassen sind immer gut damit gefahren, nahe am Kunden zu sein. Da diese ihre Aktivitäten immer mehr ins Internet verlagern, müssen wir jetzt eben dort noch stärker präsent sein.

Bei innovativen Themen geben Sparkassen oft Tempo vor

Die Ausgangslage dafür ist recht gut. Denn die Sparkassenorganisation gibt gerade auch bei innovativen Themen in der deutschen Kreditwirtschaft oft das Tempo vor, wie unter anderem die Beispiele Kwitt und die Sparkassen-App sowie das kontaktlose Bezahlen und die Integration der Girocard in Apple zeigen. Die Stiftung Warentest hat die Sparkassen-App gerade mal wieder zur besten Multibanking-App gekürt. Und die Zahl der Sparkassenkunden, die Apple Pay zum Bezahlen mit ihrer Giro-Card oder Kreditkarte genutzt haben, ist im letzten Jahr um rund 70% auf 2,5 Millionen gestiegen.

Auch bei der European Payments Initiative (EPI), die ein einheitliches paneuropäisches Zahlungsverfahren über alle Kanäle angestrebt hat, waren wir von Anfang an der Treiber, weil wir das für eine gute Idee halten. Man kann nicht immer darüber lamentieren, dass die Bigtechs der Kreditwirtschaft die Butter vom Brot nehmen und sich dann in die Büsche schlagen, wenn sich eine Lösung für dieses Problem abzeichnet. Manche Vertreter von anderen Bankengruppen in Deutschland und Europa scheinen das jedoch anders zu sehen. EPI muss deshalb vorerst leider als gescheitert angesehen werden. Die Sparkassen werden ihrer Kundschaft aber andere innovative Angebote unterbreiten können und sich im Verbund intensiv dafür einsetzen, ergänzende Lösungen mit europäischen Partnern zu finden.

Innovation verläuft nicht immer geradlinig. So hat es auch bei uns Rückschläge gegeben: Die aufladbare Geldkarte, Girogo und Paydirekt lassen grüßen. Es wäre aber falsch, wenn wir uns davon entmutigen und vom bewährten Prinzip des Trial and Error abbringen lassen würden. Die Schere im Kopf sollte nicht unser bevorzugtes Utensil werden.

Das gilt im Übrigen auch bei den Kryptowährungen. Wenn dieses Wort fällt, schrillen schon bei vielen die Alarmglocken. Diese Reaktion ist bei hochspekulativen Ausprägungen wie Bitcoin sicherlich berechtigt. Gleichwohl lohnt sich hier dennoch ein ruhiger und differenzierender Blick. Denn technisch gesehen ist eine Kryptowährung nichts anderes als ein digitales Zahlungsmittel auf der Basis einer hochinteressanten Technologie: der Blockchain, die auch den Banken ganz neue Chancen eröffnen kann und von ihnen zum Teil auch schon heute eingesetzt wird. Die Digitalisierung des Geldes – egal in welcher Ausprägung – nimmt zunehmend an Fahrt auf. Das ist unbestritten. Und deshalb müssen

auch wir sie auf dem Schirm haben. Denn sie kann irgendwann negative Folgen für unsere Nahrungskette im Zahlungsverkehr haben.

Auch die Notenbanken wie die EZB werden immer stärker von dieser Thematik umgetrieben. Sie befürchten das Szenario einer zunehmenden Abhängigkeit von privaten Formen des Geldes bei einer gleichzeitig sinkenden Bargeldnutzung. Deshalb denken sie intensiv über Gegenmaßnahmen wie den digitalen Euro nach. Hier ist vieles im Fluss. Deshalb muss sich auch die Sparkassenorganisation damit beschäftigen, obwohl uns manche jetzt schon wieder vorwerfen, wir würden unseren Kunden bald das Zocken mit Kryptos ermöglichen. Diese Kritiker sind oft dieselben, die uns sonst für verstaubt und verschlafen halten. In meinen Augen ist es daher richtig, dass der DSGVO das Thema Kryptowährungen in einer kleinen Arbeitsgruppe ergebnisoffen prüft.

Nochmals in Kurzform: Mit moderner Technologie beschäftigen wir uns. Bitcoins und vergleichbare Erscheinungen kann man handeln und man kann damit spekulieren. Sie haben aber keinen inneren Wert und taugen in unseren Augen nicht als Anlageobjekte für die breite Sparkassenkundschaft. Im Übrigen dürfen die Staaten die Kryptowährungen gerne an die Kette legen und diese genauso konsequent und engmaschig durchregulieren wie den Bankensektor. Das ist auch im Interesse der Politik selbst. Denn im Kern geht es hier um den Erhalt des staatlichen Währungsmonopols!

Nachhaltigkeit und Sustainable Finance

Ganz weit oben auf der Agenda steht bei uns der Themenkomplex Nachhaltigkeit und Sustainable Finance. Der Kampf gegen den Klimawandel wird uns alle in den kommenden Jahren massiv beschäftigen. Hier steht viel auf dem Spiel. Es geht um neue Technologien, neue Exportmöglichkeiten, neue Arbeitsplätze und neue Chancen.

Der Kreditwirtschaft und gerade auch den Sparkassen wird bei dieser Großtransformation eine Schlüsselrolle zukommen. Denn der Umbau wird ja nicht nur von den wenigen DAX-Konzernen gestemmt werden, sondern vor allem vom Mittelstand, der die wirtschaftliche Basis in Deutschland bildet. Von ihm wird es abhängen, ob der Umbau gelingt oder nicht. Die Sparkassen-Finanzgruppe als der Mittelstandsfinanzierer ist hier ein unverzichtbarer Partner. Nachhaltigkeit steckt uns schon immer im Blut: die wirtschaftliche, die soziale und künftig mit einem noch stärkeren Fokus auch die ökologische.

Die Sparkassen sind für ein solches Engagement prädestiniert. Sie kennen die Unternehmen vor Ort genau. Und sie erfüllen auch die beiden Grundvoraussetzungen, die die Aufsicht an die Transformationsfinanzierung knüpft. Danach muss ein Kreditinstitut die Risiken kennen und über ein leistungsstarkes Risikomanagement verfügen, das auf neue

Herausforderungen schnell reagiert. Das haben die Sparkassen. Wir wissen seit vielen, vielen Jahren, wie man Risiken managt und wie die entsprechenden Methoden und Verfahren an aktuelle Erfordernisse angepasst werden. Deshalb wäre es kontraproduktiv, wenn die Institute mit überzogenen administrativen Anforderungen zum Beispiel bei den Kreditvergabestandards oder auch im Reporting und Meldewesen belegt würden. Wenn unsere Sparkassen den Transformationsprozess adäquat begleiten sollen, benötigen sie auch gewisse Freiräume.

Für den geplanten Umbau bedarf es riesiger Investitionen. Zum Beispiel müssen für den Ausbau des Stromnetzes bis 2030 über 100 Mrd. Euro einkalkuliert werden. Die klimaneutrale Umwandlung des Gebäudebestandes wird sogar mehrere Billionen Euro kosten. Kreditinstitute, die diese gewaltige Transformation mitfinanzieren möchten, benötigen deshalb eine starke Kapitalisierung. Auch diese Voraussetzungen erfüllen unsere Sparkassen mit einer Kernkapitalquote von gut 17% und einer Gesamtkapitalquote von knapp 19% souverän.

An dieser Stelle muss ich allerdings Wasser in den Wein gießen. Wir müssen nämlich aufpassen, dass die zunehmenden regulatorischen Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung der Banken und Sparkassen nicht deren Kreditvergabefähigkeit konterkarieren. Die Rückkehr des inländischen antizyklischen Kapitalpuffers und die Einführung des neuen sektoralen Systemrisikopuffers für Wohnimmobilien sind hier zu nennen. Dazu kommt dann noch Basel IV und vielleicht schon bald ein Klima-Malus in Form von Kapitalzuschlägen. Die EBA beschäftigt sich ja bereits mit diesem Thema.

Die einzelnen Maßnahmen sind für die Institute sicherlich zu verkraften. Das Problem ist aber der kumulative Effekt. Denn man muss kein Rechenkünstler sein: Wenn der Regulator das Eigenkapital an mehreren Stellen künstlich schrumpft, dann steht dieser verschwundene Teil nicht mehr für neue Kredite zur Verfügung. Dazu kommt, dass sich Kapitalbelastungen aufgrund der zunehmend diskretionären Spielräume der Aufsicht immer schwieriger vorhersehen lassen.

Ich sehe in ESG ein unverzichtbares und sinnvolles Thema, wenn wir unserer Verantwortung gegenüber den nachwachsenden Generationen gerecht werden wollen. Es muss aber mit Augenmaß und Sinnhaftigkeit erfolgen.

Neue regulatorische Großfront droht

Ich befürchte allerdings, dass jetzt im Feld der Nachhaltigkeit eine neue regulatorische Großfront eröffnet wird, die den Geschäftsbetrieb von Banken und Sparkassen zu lähmen droht. Auf der einen Seite kann sich die Politik im europäischen Kontext nicht auf ein

gemeinsames Grundverständnis einigen, was künftig nachhaltig sein soll und was nicht. Die EU-Taxonomie wirkt deshalb zumindest auf der politischen Metaebene ein bisschen wie das Leipziger Allerlei: Irgendwie ist dann doch fast alles erlaubt, einschließlich Atomenergie und Gas, wenn auch vorerst nur vorübergehend, aber wer weiß.

Auf der anderen Seite schreibt die Taxonomie-Verordnung den Banken und Sparkassen auf der praktischen Ebene aber mit einer bemerkenswerten Granularität vor, was sie künftig noch finanzieren dürfen. Im Mittelalter hat sich die scholastische Philosophie mit der Frage beschäftigt, wie viele Engel auf eine Nadelspitze passen. Heute erlebt die Scholastik in der Nachhaltigkeits-Regulatorik ein ungeahntes Comeback. So wird künftig die Finanzierung einer Eigentumswohnung nur dann taxonomiekonform sein, wenn Wasserhähne und Duschköpfe einen maximalen Wasserdurchlass von 6 bzw. 8 Litern pro Minute erlauben und noch viele andere Bedingungen erfüllt sind. Wie diese aufwändige Detail-Prüfung in der Praxis bewältigt werden soll, erschließt sich mir noch nicht.

Wenn wir die oft zitierte deutsche Gründlichkeit zum Maßstab machen werden, wird sich wahrscheinlich auch in diesem Feld ein ganz neues Expertentum herausbilden. Diese neuen Fachleute werden dann ausschließlich überprüfen und überwachen, ob die neuen Vorgaben auch tatsächlich eingehalten werden. Das wird natürlich auch wieder Geld kosten und Investitionen weiter verteuern.

Umbau geht nicht von heute auf morgen

Auch bei einem anderen Punkt sollten wir ehrlich sein. Der Umbau wird nicht von heute auf morgen gehen. In Gesellschaft und Wirtschaft ist die Bereitschaft zur Energiewende grundsätzlich vorhanden. Wenn aber der Strom künftig das Maß aller Dinge sein soll, dann muss er auch fließen. Einen echten Durchbruch werden wir hier erst erleben, wenn es eine flächendeckende Infrastruktur bei den neuen Leitungen und auch bei den Ladesäulen gibt. Dafür können nur Politik und Staat sorgen. Hier ist Verbindlichkeit und Verlässlichkeit gefragt. Ansonsten werden sich Private und Firmen in diesem Feld weiterhin mit Investitionen zurückhalten.

Aufgrund meiner Erfahrung als früherer Aufsichtsratsvorsitzender eines regionalen Energieversorgers kann ich sagen, dass hier vor Ort noch viel geleistet werden kann und viel geleistet werden muss. Dazu bedarf es dann aber eben auch verlässlicher Finanzierungspartner vor Ort.

Der Wandel zu mehr Nachhaltigkeit wird zudem nur dann gelingen, wenn er sozial abgefedert wird. Es ist ökologisch sicherlich sinnvoll, dass ab 2026 keine neuen Ölkessel mehr eingebaut werden dürfen. In Hessen werden aber immer noch fast 40% der Gebäude

mit Öl beheizt. Auf dem Land fällt der Anteil noch höher aus. Vielen Hausbesitzern ist es finanziell nicht möglich, ihre Immobilie auf die politisch bevorzugte, aber für den Bestand sehr aufwändige und kostenintensive Heizform der Wärmepumpe umzurüsten.

Verbindlichkeit und Verlässlichkeit gefragt

Wenn der Gebäudebestand wie geplant CO₂-neutral saniert werden soll, bedarf es neben einem klaren politischen Konzept vor allem massiver öffentlicher Fördergelder. Und auch bei diesen Förderprogrammen ist Verbindlichkeit und Verlässlichkeit gefragt. Einen plötzlichen Förderstopp wie gerade bei den energieeffizienten Gebäuden darf es nicht nochmal geben. Denn das zerstört Planungssicherheit und eine Menge Vertrauen.

Die große Transformation wird nur ein Erfolg werden, wenn die breite Bevölkerung dabei mitmacht und sie akzeptiert. Der Wandel muss deshalb so gestaltet werden, dass vor Ort neue Perspektiven entstehen. Unsere Sparkassen werden den notwendigen Veränderungsprozess mit ihren Angeboten flankieren. Sie sehen ihre Rolle vor allem darin, ihre Kunden auf deren Weg in Richtung Nachhaltigkeit langfristig zu begleiten, zu unterstützen und nicht fallen zu lassen. Mit diesem Ansatz werden wir unserer realwirtschaftlichen Verantwortung und unserer regionalen Verankerung am besten gerecht.

Landesbankensektor

Ein spezielles Thema ist die Konsolidierung im Landesbankensektor. Über die Sinnhaftigkeit eines zentralen Spitzeninstituts herrscht in der Sparkassenorganisation grundsätzlich Einvernehmen, da ein solches Institut mit deutlich weniger Risiken und wesentlich effizienter arbeiten könnte. Über den Weg dorthin bestehen allerdings noch sehr unterschiedliche Vorstellungen.

In unserer Organisation gibt es Partikularinteressen, die ihre eigene rationale Logik haben mögen, wenn man sich den vermeintlichen Luxus erlaubt, nicht das Ganze zu sehen, von dem man aber nun einmal ein Teil ist. In der Summe führen diese Partikularinteressen aber nicht wirklich zu überzeugenden Ergebnissen. Der SGVHT hat die Pläne des DSGV für ein Zentralinstitut und auch die mögliche Nukleus-Lösung aus Helaba und DekaBank immer unterstützt. Umso mehr bedauern wir, dass mit dem Verkauf der Berlin Hyp an die LBBW eine strategische Chance in Richtung eines Zentralinstituts mit einer möglichst weitgehenden Sparkassenträgerschaft nicht genutzt wurde.

Dennoch werde ich auch in Zukunft nicht müde, dafür zu werben, dass wir als Sparkassen-Finanzgruppe den Weg zu einem Zentralinstitut weiterverfolgen und sehr klar die Rahmenbedingungen dafür definieren. Der SGVHT wird hier weiter ein Treiber sein.

V. Fazit

Damit bin ich mit meinem Bericht am Ende. Obwohl 2021 pandemiebedingt erneut kein leichtes Jahr war, haben die Sparkassen in Hessen und Thüringen in puncto Geschäfts- und Ertragsentwicklung wieder ordentlich abgeschnitten. Sie haben sowohl im Kundengeschäft als auch bei der operativen Ertragskraft ordentlich zugelegt. Sie konnten erneut in erheblichem Maße ihre Vorsorgereserven dotieren und ihr Eigenkapital stärken. Das unterstreicht, dass das Modell der klassischen Universalbank, wie es die Sparkassen verkörpern, auch unter schwierigen Rahmenbedingungen funktioniert und mit den entsprechenden Anpassungen erfolgreich betrieben werden kann.

Auch die Perspektiven für die Zukunft sind trotz der schwierigen geopolitischen Lage gar nicht so schlecht. So bietet das Thema Nachhaltigkeit den Sparkassen ganz neue Geschäftsmöglichkeiten und Chancen. Hier ist allerdings wichtig, dass die Politik mit der entsprechenden Infrastruktur und einer verlässlichen Förderpolitik die Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Energiewende schafft und Banken und Sparkassen nicht durch Detailversessenheit regulatorisch stranguliert werden.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit!